

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 73 (1995)
Heft: 2

Artikel: Die da oben : wir da unten : linke Denkmuster und die populistische Versuchung
Autor: Marti, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341162>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die da oben – wir da unten

Linke Denkmuster und die populistische Versuchung

Die Erfahrung ist nun nicht mehr neu: Die traditionellen Linksparteien in den liberalen Demokratien Westeuropas haben ihr Prestige als vertrauenswürdige Oppositionskraft weitgehend eingebüsst und in vielen Fällen an populistische Bewegungen

Urs Marti

verloren, die im politischen Spektrum weit rechts stehen. Bekannt ist überdies die programmatische Orientierungslosigkeit, in der sich grosse Teile der Linken befinden. Keineswegs will ich die erste Tatsache aus der zweiten erklären. Mich beschäftigt vielmehr der Umstand, dass sich die populistische Rhetorik in hohem Mass auf Vorstellungen und Begriffe stützt, in die die unterschiedlichen Parteien und Schulen der Linken immer schon grosses Vertrauen gesetzt haben.

Es darf hier als bekannt vorausgesetzt werden, dass viele der heute in Europa und in den USA aktiven populistischen Parteien ideologisch stark vom konservativen Wirtschaftsliberalismus geprägt sind. Zu erinnern ist an die Opposition gegen staatliche Interventionen mit Umverteilungswirkung und an die vor allem in den USA beliebten Anklagen gegen einen angeblich moralisch korumpierenden und damit Armut produzierenden Sozialstaat. Eine seriöse Kritik des Populismus kann von der Auseinandersetzung mit liberalen Wirtschaftslehren nicht absehen. Die Beziehungen zwischen der Doktrin des Liberalismus und den populistischen Ideologien

sind freilich recht komplex. Gemäss liberalem Verständnis verfolgen alle Individuen ihren Eigennutz, und eben deshalb ist eine staatliche Ordnung als Vertrag zwischen rational sich entscheidenden Menschen möglich. Der Populismus nimmt sich wie eine Karikatur des Liberalismus aus. In seiner Sicht wird die liberale Auffassung, wonach alle Menschen ihren Eigennutz verfolgen, stillschweigend akzeptiert. Wie stark der Populismus in seinen xenophoben Ausprägungen von liberalen Wertvorstellungen geprägt ist, zeigt sich etwa darin, dass er Flüchtlinge nur als Wirtschaftsflüchtlinge wahrnehmen kann. Doch der Populismus spricht die Menschen nicht primär als Nutzenmaximierer, sondern als Opfer an, die feststellen oder unterstellen, dass andere Menschen in der Verfolgung ihres Eigennutzes erfolgreicher sind als sie selbst. Den Anderen – ob reich oder arm – wird die Schuld an der eigenen Misere zugeschrieben. Nicht der veränderbaren Ordnung der Welt gilt die Aufmerksamkeit, sondern dem allgegenwärtigen, allmächtigen und letztlich unbesiegbaren Bösen in der Welt. Genau besehen handelt es sich bei diesem Bösen immer um tatsächliche oder vermeintliche – Manifestationen des Eigennutzes, die allerdings nur bei den Anderen wahrgenommen werden, während die Verfolgung des Eigennutzes als Motiv eigenen Verhaltens in der Berufung auf ältere Rechtsansprüche, auf das ursprünglich «Eigene» verdrängt wird. Dem Populismus wird so alles zum Fremden. Auch darin zeigt sich die Kehrseite und Karikatur des Liberalismus: Die

Konkurrenz der Interessen erscheint als unversöhnlicher Streit zwischen Feinden. Was sich nicht unter identische Interessen des Selbst oder der eigenen Gruppe subsumieren lässt, wird zum Fremden, nach Bedarf selbst die eigene Regierung – die fragwürdige und inflationäre Rede von der «Entfremdung» zwischen «Volk» und «classe politique» zeigt und verdeckt dies zugleich. Der populistische Appell an das Interesse ist denn in der Regel auch ein Appell an das Ressentiment, mit dem auf das «Fremde» bzw. auf die «Fremden» reagiert wird.

Zum Selbstverständnis von Menschen mit linken Idealen gehört die Überzeugung, dass sie andere Menschen nicht wegen ihrer «Fremdheit» geringschätzen oder hassen. Die Solidarität mit allen Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, die als Opfer des gleichen ungerechten Systems beurteilt werden, gehört unbestreitbar zu den vornehmen Idealen, von denen sich linke Bewegungen haben inspirieren lassen. Freilich wird oft übersehen, dass die Angst vor dem Fremden in der theoretischen Grundlegung linker Programme eine rätselhafte und vieldeutige Rolle spielt: Nichts zeigt dies so deutlich wie das Gewicht des Begriffs der «Entfremdung» im linken Diskurs. Fest steht, dass die marxistische Philosophie nicht zu begreifen ist, wenn sie nicht auch als Auseinandersetzung mit der Problematik der Entfremdung begriffen wird. Die Problematik selbst ist freilich uralte. Aristoteles folgend kann man Menschen als entfremdet bezeichnen, die nicht einer politischen Gemeinschaft zugehören: Fremd ist in diesem Sinne nicht nur das «Ausländische», fremd ist eine Klasse von Menschen, die an den Staatsgeschäften nicht teil hat. Gemäss christlicher Überlieferung wird dagegen menschliche Entfremdung mit Verblendung und Gottferne gleichgesetzt. Damit wird die Idee der Entfremdung früh mit moralisch-metaphysischen Prämissen belastet, von der sie sich bis heute nie

wirklich hat befreien können. Dass das Wort «Entfremdung» noch im modernen Alltag so vertraut tönt, hängt sicher damit zusammen, dass darin eine machtvoll und unbefriedigte Sehnsucht zum Ausdruck kommt. Mit Entfremdung wird ein grausames Geschick benannt: Der Mensch wird aus seiner ursprünglichen Heimat, aus einem Zustand der intimen Nähe zu Gott und zur Natur vertrieben; die Verbannung in die unheimliche Fremde wird als Strafe für moralische Verfehlung gedeutet.

Die für die moderne politische Philosophie massgebliche Übersetzung dieser Geschichte ist Rousseau zu verdanken. Er hat der romantisch-konservativen sogar wie der radikaldemokratischen Gesellschaftskritik die Richtung gewiesen. Rousseau lässt den Prozess der Zivilisation und der Aufklärung als Entfremdung erscheinen, als verhängnisvollen Verlust einer ursprünglichen, naturgemässen Sittsamkeit, eines naiv-gesunden Gottvertrauens. Fortschritt zersetzt die Gemeinschaft, entzweit die Menschen untereinander, führt zu Arbeitsteilung, Privateigentum und Konkurrenzzwang, damit aber auch zu Anpassung und Verstellung – kurz: Er bewirkt moralische Korruption. Dagegen lässt sich das Werk von Marx als Versuch lesen, die romantisch-pessimistische Entfremdungsphilosophie zu überwinden und den Sinn der Revolution aufzuzeigen, die Möglichkeit der «Wiedergewinnung» der Welt nachzuweisen. Der Gegensatz zwischen romantischer Nostalgie und bürgerlich-kapitalistischem Fortschrittsglauben stellt in seinem Urteil freilich eine falsche Alternative dar. Im Weltmarkt erkennt er den universalen Zusammenhang aller Menschen und zugleich die widersinnige, ganz und gar nicht naturwüchsige Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs vom Wissen und Wollen der Einzelnen. Die «Entfremdung» ist nicht das Schicksal. In der Masse, wie die kapitalistische Entwicklung traditionale, «natürliche» Gemeinschaftsformen immer rücksichtsloser

Was sich nicht unter identische Interessen des Selbst oder der eigenen Gruppe subsumieren lässt, wird zum Fremden, nach Bedarf selbst die eigene Regierung.

aufsprengt, wächst die Chance, dass die «universal entwickelten Individuen» gesellschaftliche Zusammenhänge schaffen, die sie kontrollieren, gestalten und verändern können.

Marx widerspricht den modernitätsfeindlichen, meist mehr oder weniger explizit rassistischen, antisemitischen Ideologien, die in einem moralischen Universum befangen bleiben, in ihrer Klage über die «Heimatlosigkeit» des modernen Menschen nach Schuld suchen und sie in bestimmten Menschengruppen lokalisieren. Sinn der Politik ist ihm zufolge nicht der Kampf der guten gegen die bösen Menschen; Entfremdung, Ausbeutung, Unterdrückung sind nicht auf den schlechten Charakter der letzteren zurückzuführen. Die Schaffung besserer, gerechterer Verhältnisse setzt Aufklärung über die Entstehung und die Voraussetzungen der herrschenden voraus, aber auch die Bereitschaft zu solidarischer Praxis. In einer solchen verändernden Praxis können sich Menschen erst dann zusammenfinden, wenn sie auf den Anspruch verzichten, der Gemeinschaft der Unschuldigen anzugehören, einer Gemeinschaft, die moralisch legitimiert ist, den «Schuldigen», den korrupten, böswilligen, von der Modernisierung verdorbenen Eliten den Krieg zu erklären.

Der Antagonismus zwischen unversöhnlichen Positionen – «wir da unten, ihr da oben» – inspiriert die populistische Agitation in ihren rechten und linken Versionen. Die durch sie geschmiedete Gemeinschaft definiert sich nicht aufgrund ihres politischen Gestaltungswillens, sondern ausschliesslich aufgrund emotionaler Gewissheiten. Die irrationale Überzeugung, den verderblichen Modernisierungsprozessen erfolgreich Widerstand geleistet zu haben, findet ihren Ausdruck in einer Selbstge-

rechtigkeit, die die Ideologie des Antagonismus fröhlich weiterspinnt und als Konflikt zwischen innen und aussen, Unschuld und Schuld deutet. In der populistischen Entfremdungsideologie stehen nicht die fremd gewordenen, aber kollektiv geschaffenen sozialen und ökonomischen Verhältnisse zur Debatte, sondern das Eindringen des Fremden ins – moralisch angeblich höherwertige – Eigene. Zuletzt lässt sich das populistische Weltbild immer der Hypokrisie überführen: Die Weigerung, gewisse Modernisierungstendenzen und insbesondere die Globalisierung der Wirtschaft in all ihren Konsequenzen zur Kenntnis zu nehmen, erlaubt es zwar, die eigene Verantwortung in einer Welt, die nur im Zuge universeller Solidarität zu verändern wäre, zu leugnen, sie kann aber nicht verbergen, dass der Kampf gegen die bösen, entfremdenden Mächte bloss der Verteidigung partikularer Interessen und Privilegien dient, die nicht universalisierbar sind. Die wirklich Benachteiligten dieser Welt werden im populistischen Diskurs, ähnlich wie in der wirtschaftsliberalen Ideologie, als moralische Versager denunziert. Dagegen wird das eigene Geschick, der drohende oder bereits eingetretene Verlust von Privilegien, auf Regierungswillkür, auf Ausbeutung und Unterdrückung durch den Staat zurückgeführt¹. Indem der Populismus der Politik eine verderbliche Allmacht zuschreibt, verschliesst er die Augen vor der Realität eines die jeweilige nationale Politik weitgehend determinierenden Weltmarktes.

¹ Neben dem Entfremdungs- spielen auch der Ausbeutungs- und der Unterdrückungsbegriff eine zentrale Rolle in der populistischen Rhetorik, Begriffe, die ebenfalls mit neuen Bedeutungen besetzt werden.

Urs Marti, Philosoph und Publizist, Mitglied RR-Redaktion.